

Ausgleichsmechanismus nach dem Motto „Geld folgt Studierenden“.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Herr Kollege, kommen Sie bitte zum Ende.

Kai Gehring (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Ich komme zum Ende.

Ich fordere die Koalition auf: Korrigieren Sie bitte die Webfehler in diesem Hochschulpakt, bevor es zu spät ist – im Interesse der Wirtschaft, die dringend mehr Fachkräfte benötigt, aber vor allen Dingen im Interesse aller jungen Menschen, die jetzt und künftig an die Hochschulen drängen.

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Es spricht jetzt Frau Professorin Monika Grütters für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU – Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Hervorragende Frau!)

Monika Grütters (CDU/CSU):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im vergangenen Oktober – das zum Thema Winterschlaf, Herr Gehring – haben wir über den Hochschulpakt zuletzt diskutiert. Damals meinte die Opposition, uns alle mahnen zu müssen, dass wir noch ein bisschen schneller und ein bisschen besser an diesem Werk arbeiten und Bund und Länder möglichst einstimmig auf eine Melodie verpflichten.

Dass das schwierig ist, weil es in der KMK der Länderkammer – nicht etwa hier – das Einstimmigkeitsprinzip gibt, weshalb es übrigens das Bonmot gibt, die Kultusministerkonferenz sei der letzte Hort der Reaktion, wissen wir. Aber immerhin: Keine fünf Monate später können wir ein, wie ich meine – ich mache seit 13 Jahren Wissenschaftspolitik, unter anderem in Berlin –, beispielloses, innovatives Reformwerk, den **Hochschul-pakt 2020**, abschließend zur Abstimmung stellen. Weil das so ist, bin ich enttäuscht von der kleinlichen Kritik, die in erster Linie aus der Opposition kam, Herr Barth und Frau Hirsch. Es ist natürlich immer so, dass es noch ein bisschen besser sein könnte. Natürlich hätte auch dieser Hochschulpakt anders ausfallen können; das wissen wir. Aber es ist doch mindestens eine Erleichterung und auch eine große Anerkennung wert, dass erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland eine verbindliche Vereinbarung zwischen dem Bund und allen Ländern zum Thema Wissenschaftspolitik zustande gekommen ist.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Zum ersten Mal gibt es einen regelrechten Vertrag, der für beide Seiten rechtlich bindend ist und in dem der aktuellen Situation an den deutschen Hochschulen buchstäblich Rechnung getragen wird. Dadurch dokumentieren wir doch, dass wir alle – da beziehe ich auch die Opposition mit ein – die ungeheuren Chancen für die Republik wahrnehmen, die für uns eine große Anzahl Studierender bedeuten – das haben Sie gesagt –, dass wir aber auch anerkennen müssen, dass das eine Anstrengung aller ist, nicht nur der Bundesländer, die immer auf ihrer hoheitlichen Aufgabe beharren.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir dokumentieren ebenso, dass wir anerkennen, dass das unser aller **Geld** kostet, auch das Geld des Bundes, und dass nicht allein den Ländern überlassen werden kann, was sie aufgrund ihrer Bildungshoheit zwar immer tun wollen, aber nicht tun; sie finanzieren die Hochschulen schließlich seit Jahren nicht richtig mit. Das ist nicht die Schuld des Bundes. Deshalb geht Ihre Kritik an den falschen Adressaten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Richten Sie sie an diejenigen in den Bundesländern und der Wissenschaftspolitik, zu denen Sie noch Zugang haben.

(Jörg Tauss [SPD]: Die sind nicht da, blöd!)

Der **gesamtgesellschaftliche Nutzen** wird auch gesamtgesellschaftlich begleitet werden müssen. Es ist wirklich schade, dass bei solch einer Debatte, wo es zum ersten Mal um eine verbindliche Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern auf diesem Zukunftsfeld geht, die Länderpräsenz so gering ist.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Nicht erst seit der – ich will sagen: leidigen – Föderalismusreform ist das ein Meilenstein in der bundesrepublikanischen Bildungspolitik.

(Ulrike Flach [FDP]: Das sind aber ganz neue Töne in der CDU!)

Die Opposition beklagt, dass nur 565 Millionen Euro investiert würden. Wie viel haben Sie denn in Ihrer Regierungszeit zur Verfügung gestellt: 1 Milliarde Euro, 2 Milliarden Euro, 5 Milliarden Euro? Es sind immerhin 565 Millionen Euro.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Insgesamt ist es ein Paket von 1,27 Milliarden Euro, das der Bund den Hochschulen, die in der Zuständigkeit der Länder sind, zusätzlich zur Verfügung stellt. Mit den Gegenfinanzierungen durch die Länder sind es 2 Milliarden Euro.

Hinzu kommt, dass Frau Schavan sich vom ersten Tag ihrer Amtszeit an diesem Thema verpflichtet hat. Jetzt wird das Ganze zu einem Ende gebracht.

(Zuruf: Aber nur zum Teil!)

– Ja, nur zum Teil.

Herr Rossmann, ein Teil der Kritik gilt auch Ihnen. Bei allem Respekt davor, dass jeder von uns die eigene Leistung in der Großen Koalition herausstellen will: Das Ergebnis des Hochschulpaktes 2020 ist begrüßenswert und wäre natürlich nicht ohne Nachverhandlungen bei der Föderalismusreformdebatte zustande gekommen. Auch Sie, Herr Rossmann, wissen ganz genau, dass viele Bildungspolitiker auf unserer Seite dieses Interesse teilen.

Ich möchte jetzt nicht auf Kritik eingehen, sondern betonen, dass wir seitens der Koalitionsfraktionen wichtige **Eckpunkte** in diesem Antrag formuliert haben. Es gibt beispielsweise eine unterschiedliche Berücksichtigung der künftigen Entwicklung in den Ost- und in den Westbundesländern. Die Tatsache, dass es eine größere Mobilität zwischen den Bundesländern gibt, ist ein Lob wert. Man sollte also nicht ausschließlich kritisieren, was wir nicht aufgenommen haben.

Dies hat es vorher noch nie gegeben, dass in einem Vertragswerk Wanderungen der Studierenden festgeschrieben werden. Außerdem wird die besondere Situation der Stadtstaaten berücksichtigt.

(Jörg Tauss [SPD]: Ja!)

Die Stadtstaaten sind zwar aufgrund der hohen Studierendenzahlen glücklich, aber aufgrund ihrer relativ niedrigen Einwohnerzahl können sie sich diese nicht leisten. Dieser Punkt ist, wie gesagt, berücksichtigt worden.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Man sollte nicht immer nur gegen die Unterfinanzierung polemisieren.

Dass die Bedeutung der natur- und ingenieurwissenschaftlichen Fächer berücksichtigt wurde, wissen Sie. Ihren Appell, dass die Wirtschaft Fachleute braucht, kennen wir bereits. Die Kontrolle der tatsächlichen Verwendung der Mittel für den Hochschulbau und die Sorge für eine angemessene Betreuung der Studierenden sind von uns ebenfalls berücksichtigt worden, Herr Gehring. Dass die Evaluation der Umsetzung des jetzigen Paktes die Verlängerung bis 2020 ermöglichen soll, ist ebenfalls niedergeschrieben worden.

Ich nenne als weitere Stichpunkte die Frauenförderung, die Vorzüge neuer Personalkategorien und die Bedeutung der Fachhochschulen. Das sind Ansätze aus der Opposition, die wir in unserem Antrag aufgenommen haben.

(Beifall des Abg. Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Wir haben ganz bewusst den Antrag mit Aufforderungen an die Bundesregierung, aber auch mit Erwartungen an die Bundesländer versehen. Herr Gehring und Frau Hirsch, ich muss schon sagen: Vorgaben zu machen, mag Ihr Stil sein. Demokratischer ist es aber, die Zuständigkeiten und die Verteilung der hoheitlichen Aufgaben zu respektieren.

(Michael Kretschmer [CDU/CSU]: Genau so ist es!)

Ich kann Ihnen nur eines mit auf den Weg geben: In **Berlin** hat Ihre Partei, Frau Hirsch, das Vergnügen, an der Regierung zu sein und die Wissenschaftspolitik – ich muss sagen: leider – mit zu beeinflussen. Machen Sie dort den Verantwortlichen doch einmal Vorgaben, ein bisschen mehr für die Hochschulen zu tun.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Sieben von zehn Studienanfängern werden in dem Bundesland wieder nach Hause geschickt, in dem Sie die Verantwortung für die Hochschulpolitik tragen. Es wäre schön, Sie würden dort die Vorgaben, die Sie uns hier machen, umsetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Ich komme zum Schluss. Wir haben nur Appelle an die Hochschulen aufgenommen, weil wir Respekt vor der Hochschulautonomie haben, für die wir jahrelang eingetreten sind. Bei Beginn der Verhandlungen zum Hochschulpakt hat die „FAZ“ von „haltlosen Länderegoismen“ geschrieben, denen man begegnen müsse. Ich glaube, wir haben es geschafft. Wir haben 90 000 neue Plätze für Studienanfänger ermöglicht. Zum Pakt gehört die neue Mobilität zwischen den Ländern, und dazu gehören auch fast 2 Milliarden Euro, mit denen der Unterfinanzierung der Hochschulen begegnet wird. Der Hochschulpakt 2020 ist ein zuversichtlich stimmendes Signal.

Ich hoffe – das sind wir allen jungen Menschen schuldig –, dass nach der Ministerpräsidentenkonferenz im Juni dieser Pakt in Kraft treten kann.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

Vizepräsidentin Katrin Göring-Eckardt:

Zum Abschluss der Debatte hat der Kollege Klaus Hagemann für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Klaus Hagemann (SPD):

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Deutschland kann froh und dankbar